

TIM MARSHALL

ABSCHOTTUNG

Die neue Macht
der Mauern



dtv
DIGITAL

alle können sich zu einer Gefahr für den Staat auswachsen. Die Behörden brauchen die Kontrolle über das chinesische Kernland, wenn sie die Wirtschaft auf Kurs und die entlegenen Regionen in Schach halten wollen. Ihre Lösung besteht darin, den Informationsfluss zu kontrollieren, die Verbreitung abweichender Gedanken zu unterbinden, eine Konsolidierung der Opposition zu verhindern. Sie müssen spalten, um die Einheit zu wahren; und so entstand, im Zeitalter des Internets, die digitale Version der »Great Wall«, wie die Chinesische Mauer im englischen Sprachraum heißt: die »Great Firewall«.

Daraus ergeben sich zwangsläufig Widersprüche: Informationen unterdrücken und gleichzeitig eine dynamische Wirtschaft schaffen, die vermehrt auf Datenaustausch im Land selbst, aber auch mit dem Rest der Welt angewiesen ist – wie soll das gehen? In der Anfangszeit des Internets war das kein Problem für eine Regierung, die von ihrer Stellung als Chinas einziger Quelle von Macht und Informationen keinen Millimeter abzurücken gedachte. Der Zugang wurde eingeschränkt und die gesamte Kommunikation im Land staatlich kontrolliert. Die wenigen Internetcafés oder Universitäten, die mit dem Web verbunden waren, waren nicht schwer zu überwachen, weder physisch noch elektronisch. Noch 2005 hatten gerade einmal zehn Prozent der Bevölkerung einen Internetzugang. Heute sind es allerdings schon 50 Prozent – und täglich werden es mehr. Das sind rund 700 Millionen Benutzer, etwa ein Viertel der weltweiten Online-Gemeinde. Das lässt sich schon viel schwerer überwachen.

Die Chinesen digital von der Außenwelt abzuschotten war und ist einfacher, als den Kontakt untereinander zu verhindern. Was der Rest der Welt als »Great Firewall« bezeichnet, kennt man in China als den »Goldenen Schild«. Diese nach außen gerichtete Firewall soll das Volk der Chinesen vor schädlichen Ideen wie Demokratie, freie Meinungsäußerung und überwachungsfreie Kultur abschirmen. Natürlich gibt es »Schleichwege« wie etwa VPN-Services (Virtual Private Network), die quasi einen Tunnel unter der Mauer hindurch legen, aber die meisten Chinesen haben keinen Zugang zu den unterschiedlichsten Websites – »Time«, Dropbox, »The Economist«, Facebook, YouTube, Amnesty International, »The Tibet Post«, NRK (Norwegische Rundfunkgesellschaft), »Le Monde« oder Pornhub.

Die Mauern im Innern sollen derweil verhindern, dass politische Cybernetzwerke entstehen, und sie haben dafür zu sorgen, dass das, was in einem Teil des Landes geschieht – etwa in Xinjiang –, im Rest des Landes keiner mitbekommt. Insbesondere fürchtet die Partei die Nutzung sozialer Medien zum Zusammenschluss von Gleichgesinnten, die sich dann an öffentlichen Plätzen zu Demonstrationen versammeln könnten, was wiederum Unruhen und Aufstände auslösen könnte.

Rogier Creemers, Wissenschaftler im Forschungsbereich Recht und Staatsführung an der Universität Leiden in den Niederlanden, ist einer der weltweit führenden Experten für das

chinesische Internet. Nach seiner Einschätzung hat die Außenwelt die Haltung der chinesischen Regierung zur digitalen Revolution nicht so ganz verstanden: »Ich würde sagen, wir sehen im Vergleich das Internet allgemein durch eine rosarote Brille, wir meinen, jeder sei dort frei, es gebe Informationsfreiheit, Demokratie usw. China war da von Anfang an viel skeptischer. Sie waren der Ansicht, neue Technologie würde neue Folgen nach sich ziehen, und wir müssen mit diesen Folgen klarkommen. Wenn die Chinesen von *wangluo anquan* – Cybersicherheit – sprechen, meinen sie damit nicht nur die technologische Integrität (Schutz des physischen Systems vor Beschädigung, z.B. der Stromnetze) oder Cyberkriminalität. Es geht ihnen um die Frage, wie die Internet-Technologie insgesamt die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität gefährden könnte. Dinge, die wir vielleicht gar nicht als Aspekte der Cybersicherheit wahrnehmen, wie etwa die Verbreitung von Gerüchten im Web, sehen die Chinesen sehr wohl als Sicherheitsproblem.«

China hat seine eigenen Versionen von Unternehmen wie Google, Facebook und Twitter in Form von Renren, Baidu und Weibo, aber die werden massiv überwacht. Das Ausmaß der Zensur ist je nach Region unterschiedlich; in Tibet und Xinjiang sind die Firewalls beispielsweise sowohl höher als auch tiefgreifender. Ein Student in Shanghai kommt vielleicht noch damit davon, wenn er ein VPN für den Zugang zu einer verbotenen ausländischen Nachrichtenquelle nutzt, aber jemand in der uigurischen Hauptstadt Urumqi würde wahrscheinlich ins Hauptquartier der Polizei vorgeladen und zu seiner Nutzung der Technologie vernommen werden. Es lässt sich technisch nachverfolgen, wer VPNs wozu und aus welchem Grund nutzt, und der Staat will alles darüber wissen. Er weiß, dass manche einheimischen und ausländischen Unternehmen und auch einige Einzelpersonen die Technologie für geschäftliche Zwecke nutzen, er sieht darüber weitestgehend hinweg. Aber im Jahr 2009 erlangten uigurische Aktivisten Zugang zu Facebook, und die anhaltenden rechtlichen Probleme von Facebook in China lassen sich bis auf diesen Vorfall zurückverfolgen.

Bis 2013 erkannten eine ganze Reihe von Start-ups die geschäftlichen Chancen, die das Internet ihren Medienplattformen bot; manche davon erlangten einige Popularität, bekamen aber irgendwann Ärger mit den Behörden und wurden am Ende allesamt gesperrt. Im August 2015 nahm zum Beispiel die Nachrichten-Website Initium Media von Hong Kong aus ihren Betrieb auf. Nur eine Woche später ereignete sich eine Explosion in einer Chemiefabrik in Tianjin, einer Stadt im Norden des Landes. Die Reporter von Initium schafften es durch die Sicherheitsschleusen, fanden heraus, dass 173 Menschen zu Tode gekommen waren, und berichteten anschließend über die Verbindungen des Fabrikbesitzers zu hohen und höchsten Kreisen. Wenige Tage später wurde die Website ohne offizielle Ankündigung in ganz Festlandchina blockiert. Das Unternehmen war gezwungen, sein Geschäftsmodell umzustellen und sich auf die Berichterstattung für Chinesen im Ausland zu verlegen – ein

deutlich kleinerer Markt.

Besonders alarmiert waren die Behörden, als im Jahr 2010 Smartphones erhältlich und erschwinglich wurden. Damit hatten die Menschen die Möglichkeit, Informationen einfach und schnell zu verbreiten, rund um die Uhr. Also traf, wie Dr. Creemers ausführt, die Staatsführung eine Reihe von Maßnahmen und erließ Vorschriften mit dem Ziel, die sozialen Medien in die Privatsphäre abzurängen. »So wurde zum Beispiel manches unternommen, um der Microblogging-Plattform Weibo ihre Popularität zu nehmen, dafür wurde WeChat massiv gefördert. Warum? Weil WeChat nicht öffentlich ist: Wenn Sie etwas innerhalb Ihrer Chat-Gruppe teilen, erfahren davon nur wenige andere Leute, und was überhaupt geteilt wird, wird nur sehr langsam geteilt. So ist das Ganze leichter zu überwachen – nach dem Prinzip ›Teile und herrsche‹ gewissermaßen.«

Chinas neue Gesetze zur Cybersicherheit, die seit 2017 gelten, haben die Mauern, bildlich gesprochen, höher werden lassen denn je. Die Gesetze, die die »digitale Souveränität« gewährleisten sollen, enthalten typische allgemeine Formulierungen, die so ausgelegt werden können, wie die Partei sie ausgelegt haben möchte. Ist beispielsweise ein ausländisches Unternehmen in irgendeinen Teil der kritischen Informationsstruktur Chinas involviert, muss es seine sämtlichen Informationen in physischen Datenbanken innerhalb Chinas speichern. Was jedoch »kritisch« genau bedeutet, ist nicht definiert. Diese Informationen sind für die Regierung zugänglich und dürfen nicht ohne vorherige Überprüfung durch die Geheimdienste ins Ausland übermittelt werden. Ausländische und einheimische Social-Media-Unternehmen müssen alle Registrierungsdaten potenzieller Benutzer aufbewahren, dann ihre Online-Aktivitäten über mindestens sechs Monate verfolgen und aufzeichnen und darauf eingerichtet sein, diese Daten der Regierung auf Verlangen zur Verfügung zu stellen. Die juristische Sprachregelung ist dabei so unkonkret, dass theoretisch von jedem ausländischen Unternehmen, das Dienste in China anbietet, verlangt werden kann, seine Informationen über chinesische Staatsbürger innerhalb Chinas zu speichern. Ein Unternehmen muss auch versichern, dass es Untersuchungen seiner gespeicherten Daten durch die Regierung aktiv unterstützt.

Das alles kostet Geld, das die heimischen Unternehmen lieber in andere Dinge investieren würden, und ausländische Firmen könnten diese Ausgaben von vornherein scheuen. Angesichts des zusätzlichen Risikos für ihr »geistiges Eigentum« entschließen sich gerade Firmen im Bereich IT und neue Technologien eventuell dazu, ihre Investitionen lieber in einem weniger restriktiven Geschäftsumfeld zu tätigen. Das könnte theoretisch zwar Raum für die Entstehung einheimischer Firmen schaffen, diese werden aber wiederum durch die Einschränkungen des freien Flusses von Informationen und Ideen behindert. Schon 2016 und damit noch vor dem Inkrafttreten dieser Gesetze berichtete die ›Washington Post‹, nach Angaben der American Chamber of Commerce in China hätten vier von fünf Unternehmen,

die dieser Handelskammer angeschlossen sind, negative Einflüsse auf ihr Geschäft aufgrund von Regulierungen und Zensur im Internet erlebt.

Dr. Creemers beschreibt die Partei als »das ultimative Risikomanagement-Unternehmen«, das unablässig den Horizont nach Anzeichen für politische Unruhen absucht. Er glaubt, als das Internet anfangs nach China kam, hätten die Behörden zunächst einige Jahre gebraucht, um sich eine Strategie für den Umgang damit zurechtzulegen. Heute jedoch wüssten sie sehr genau, was sie wollen: »Die wichtigste Taktik, die der Staat entwickelt hat, besteht in der Verhinderung einer organisierten Opposition. Querschnittsinteressen dürfen gar nicht erst zustande kommen. Die Obrigkeit glaubt, man müsse die Menschen voneinander getrennt halten, damit keine Organisationsstruktur auf der Basis von Bevölkerungsschicht, Geographie oder was auch immer entstehen kann. Die traditionellen Medien wurden so organisiert, dass sie nur eingeschränkt wirken können; Fachzeitingen der Stahlbranche schreiben beispielsweise ausschließlich über Stahl, Provinzblätter können nur über ihre jeweilige Region berichten. Selbst wenn also eine Nachrichtenquelle aus der offiziellen Linie ausscherte, blieb der Schaden begrenzt. Das Internet machte dieses Modell zunichte. Erstmals in der jüngeren Geschichte hatten Einzelpersonen in China Zugang zu den Werkzeugen der Massenkommunikation, und ein paar Jahre lang lief das Internet tatsächlich quasi Amok. Manche halten die Regierung für paranoid, aber ich bin mir da nicht so sicher. Ich denke, sie wissen sehr genau, was sie tun.«

Im Wissen um die wachsenden Risiken für sein Machtmonopol hat Präsident Xi die Leitung der Initiative zur Überarbeitung von Chinas Cyberstrategie gleich selbst übernommen: Die Gruppen, die diese Strategie im Detail ausarbeiten, unterstehen ihm direkt. Für den Präsidenten stellt die Verbreitung von Kommunikation eine potenzielle Bedrohung dar, deshalb beginnt die Zensur auf höchster Ebene.

Xi ist der erste Führer des Landes, der in vollem Wissen um das Potenzial des Internets an die Macht gelangte. Seit seiner Amtsübernahme 2013 beaufsichtigt er persönlich alle Cyberstrategien Chinas, nach innen wie nach außen. Alle führenden Regierungsabteilungen im Cyber-Bereich unterstehen unmittelbar einem Komitee, dem er vorsteht. Er hat diese Macht nicht nur zur Konzeption der betreffenden Maßnahmen genutzt, sondern auch zur Schaffung einer Art »Personenkult«. Die Partei hat gar den Titel »Führungskern der Partei« für ihn vergeben – das stellt ihn in eine Reihe mit Mao und Deng und deutet auf eine nahezu absolute Machtfülle hin. Das Gesicht dieses »Führungskerns« ist heute allgegenwärtig in China, Xi blickt von jeder Plakatwand herab, sein Porträt hängt in jedem Büro und ziert sogar Millionen von Produkten in Touristenläden im ganzen Land, von Beijing und Shanghai bis zur Großen Mauer.

Auf dem 19. Nationalkongress der Kommunistischen Partei im Oktober 2017 festigte der Präsident seine Macht noch weiter. Er sorgte dafür, dass seine Gefolgsleute ins Politbüro

gewählt wurden, und diese fördern im Gegenzug das Konzept unter dem Motto »Xi Jinpings Gedanken zum Sozialismus chinesischer Prägung in einer neuen Ära«. Zum ersten Mal seit Mao wurden damit die Ideen eines Führers als »Gedanken« beworben – in der politischen Begrifflichkeit Chinas ist das das Höchste der Gefühle.

Eine weitere digitale Trennlinie verläuft zwischen der Minderheit der Chinesen mit Fremdsprachenkenntnissen und dem großen Rest der Bevölkerung. Geben Sie »Tiananmen-Platz, Unruhen, Panzer« auf Deutsch in das Baidu-Suchfeld ein, und vielleicht finden Sie einen Link (auf Deutsch) zu den Geschehnissen von 1989. Geben Sie dasselbe auf Chinesisch ein, bekommen Sie so etwas zurück wie: »Entsprechend den geltenden Gesetzen und Vorschriften werden einige Suchergebnisse nicht angezeigt« – oder auch, wenn Sie Glück haben, eine hübsche Fotomontage einer der großen Touristenattraktionen der Welt.

David Bandurski, Kodirektor beim China Media Project, hat festgestellt, dass Chinas Cyberspace-Wächter einen neuen Begriff eingeführt haben: »positive Energie«. Dies sei ein Euphemismus für Inhalte, die die Behörden für akzeptabel halten, manche Chinaexperten seien allerdings »besorgt wegen der Möglichkeit, die Förderung »positiver Energie« könnte als Vorwand zur Unterdrückung »staatsfeindlicher Aktivisten« dienen«. Bis 2016 stand Lu Wei dieser Behörde vor, der Mann weiß also um die Macht der Information. Wei hatte sich in der Nachrichtenagentur Xinhua hochgearbeitet, bevor er seinen Cyber-Job übernahm. Danach stieg er zum stellvertretenden Direktor der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit in der Kommunistischen Partei Chinas auf, was im Prinzip bedeutet, er war stellvertretender Leiter der gesamten Medienkontrolle im Land. Es war Wei, der sagte, sein Land habe eine »Cyber-Regulierung chinesischer Prägung«, ein Echo des von Deng formulierten »Sozialismus chinesischer Prägung«. Wei ergänzte, sein Land sei »sehr gastfreundlich gegenüber der Außenwelt, aber ich kann mir aussuchen, wen ich als Gast in meinem Haus aufnehme«.

Die Internetzensur schadet Chinas ökonomischem Potenzial. Das Land ist nach wie vor Weltmarktführer im Bereich E-Commerce; Chinas Umsatz im digitalen Handel macht fast 40 Prozent des weltweiten Umsatzes aus, aber Umsatz im Internethandel und Innovation sind zwei verschiedene Dinge. China möchte nicht nur einen viel größeren Binnenmarkt schaffen, sondern auch hochwertige Produkte herstellen und modernste Technologie entwickeln. Die Chinesen sind sich sehr wohl bewusst, dass die iPhones zwar in China gefertigt werden, Design und Technologie aber aus dem weit entfernten Silicon Valley kommen.

Das ist ein Preis, den die Regierung vorerst wohl zu zahlen bereit ist – das Spiel auf Zeit ist Teil dieses Balanceakts. Die Kommunistische Partei muss sicherstellen, dass sie 1,4 Milliarden Menschen ernähren kann, sie muss Arbeit für sie finden und Produkte, die sie herstellen können, und sie muss Märkte finden, auf denen ihre Unternehmen diese Produkte verkaufen können. Zugleich glaubt die Partei, sie müsse jede Möglichkeit einer organisierten Opposition